

Obamas Wiederwahl und die drohende Demokratieunfähigkeit

Autor(en): **Berger, Roman**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **107 (2013)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390396>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Obamas Wiederwahl und die drohende Demokratieunfähigkeit

Will und kann Präsident Barack Obama im zweiten Anlauf in den USA wirklich etwas verändern? Im historischen Vergleich hat noch kein amerikanischer Präsident die Wiederwahl für weitere vier Jahre mit einem so geringen Stimmenvorsprung geschafft wie Obama. Amerika bleibt ein tief gespaltenes Land.

«Die Ideologie Ronald Reagans hat abgedankt, sie hat mit der amerikanischen Realität nichts mehr zu tun.» So erklärt sich Mark Lilla die Wiederwahl Barack Obamas. Der Professor für Ideengeschichte an der Columbia University (New York) diagnostiziert bei der Republikanischen Partei «ideologische Erschöpfung».

1980, vor mehr als dreissig Jahren, nach einem Kantersieg über den Demokraten Jimmy Carter, hielten Ronald Reagan und seine neokonservative Ideologie in Washington Einzug. Als erste sichtbare Symbole kreuzten damals auf den Strassen der nicht gerade mondänen US-Hauptstadt plötzlich protzige «Stretch-Limousinen» auf.

Schon die TV-Debatten Carter – Reagan hatten die ideologische Wende angekündigt: Der ehemalige Gouverneur und Erdnüsschenfarmer aus dem kleinen Südstaat Georgia getraute sich, der Nation ins Gewissen zu reden. Die AmerikanerInnen müssten ihren Energiekonsum einschränken, sie lebten einfach über ihre Verhältnisse. Das war eine Steilvorlage für Ronald Reagan, der Carter zum Miesmacher abstempelte. Es sei noch nie passiert, dass ein amtierender US-Präsident den «american way of life» in Frage stelle. Reagan erinnerte an die Mission der englischen Puritaner, die versprochen hatten, in der Neuen Welt das «neue Jerusalem» zu errichten. Reagans Botschaft überzeugte: Wir sind das von Gott auserwählte Land. Carter wurde aus dem Amt gejagt.

Provozierende Parallelen

Die Warnungen Carters und Reagans Botschaft werden heute in einem anderen Licht gesehen. Die für viele AmerikanerInnen provozierendste Analyse von Amerikas neuen Realitäten hat Zbigniew Brzezinski gewagt. Der Sicherheitsberater Carters, lange ein kalter Krieger und bis heute eine graue Eminenz der US-Aussenpolitik, vergleicht den jetzigen Zustand der USA mit jenem der Sowjetuni-

on kurz vor ihrem Zusammenbruch. Im Vorwort zu seinem neuen Buch «Strategic Vision» sieht Brzezinski sechs Parallelen zwischen der UdSSR der achtziger Jahre und den heutigen USA :

1. Ein festgefahrenes und reformunfähiges politisches System,
2. Bankrott durch militärische Abenteuer und übermässige Rüstung,
3. sinkender Lebensstandard der Bevölkerung,
4. eine politische Klasse, die zunehmend unsensibel für die steigende soziale Ungleichheit und nur darauf bedacht ist, ihre Privilegien zu verteidigen,
5. Versuche, den innenpolitischen Legitimitätsverlust durch aussenpolitische Feindseligkeit zu kompensieren und
6. eine Aussenpolitik, die in die Selbstisolation führt.

«Regenbogenkoalition» wird zur Mehrheit

Brzezinski, der lange mit Amerikas Neo-Konservativen sympathisierte, hat seine erstaunlich radikalen Thesen unter dem Eindruck der Krise formuliert: Seit 2008, dem Platzen der Hypothekenblase, verloren zahlreiche AmerikanerInnen ihr Haus und damit ihre Altersersparnisse. Diese Rückschläge folgen auf Jahrzehnte der Lohnstagnation in der Mittelschicht. Im Lauf der letzten zehn Jahre ist das durchschnittliche Haushaltseinkommen in den USA um über zehn Prozent geschrumpft. In der selben Zeit hat sich die Ungleichheit zwischen den Einkommen enorm vergrössert. Die USA sind das Land mit den grössten Einkommensgegensätzen in der industrialisierten Welt. 2010 beanspruchte das reichste Prozent der AmerikanerInnen etwa 25 Prozent des gesamten Einkommens.

Gelingt Obama mit Amerika, um beim Vergleich von Brzezinski zu bleiben, was Gorbatschow mit seiner «Perestroika» (Umbau) in der Sowjetunion misslungen ist? Obamas Wiederwahl ist das Resultat einer «Progressiven Welle» (links-liberale Wochenzeitung «The Na-

tion»). Keine Frage: Der erste schwarzafrikanische Präsident der USA hat die Demografie auf seiner Seite. Erneut geholfen hat ihm die aus Minderheiten zusammengesetzte «Regenbogenkoalition» (AfroamerikanerInnen, Hispanics, AmerikanerInnen mit asiatischen Wurzeln). Auch die Frauen und Jungen unterstützten Obama. 1960 hatte die «Regenbogenkoalition» 15 Prozent in der damals noch ausschliesslich von den WASP (weissen, angelsächsischen Protestanten) dominierten US-Bevölkerung ausgemacht. 2011 brachte es die «Regenbogenkoalition» auf 34 Prozent, sie wird 2050 mit 51 Prozent eine Mehrheit ausmachen. Wie sich dieser spektakuläre



(AP Photo/David Richard)

demografische Wandel langfristig politisch auswirken wird, bleibt allerdings offen.

Obamas Wiederwahl war – entgegen vielen Schlagzeilen – alles andere als ein «klarer Sieg». Im historischen Vergleich hat noch kein amerikanischer Präsident die Wiederwahl für weitere vier Jahre mit einem so geringen Stimmenvorsprung geschafft wie Obama. Auf Obama fielen 50,75 Prozent der Wählerstimmen, der Abstand zu Romney betrug nur 2,4 Prozent. Die USA bleiben ein tief gespaltenes Land.

Schwächen des «liberalen» Amerika

Einige Beobachter haben die unterlegene «Grand Old Party» als «Haufen alter weisser Männer» abgeschrieben.

Übersehen wird, dass auf der anderen Seite keineswegs thematisch starke und geeinte Demokraten stehen. So ist beispielsweise eine zentrale Stütze der Demokraten, die Gewerkschaftsbewegung, als Folge der Deindustrialisierung und Wirtschaftskrise eingebrochen. Nur noch 12 Prozent aller Lohnabhängigen (in der Privatwirtschaft nur noch 7 Prozent) sind gewerkschaftlich organisiert. In den fünfziger Jahren war es insgesamt noch ein gutes Drittel. Neue Grassroots-Bewegungen wie beispielsweise «Occupy» hat die demokratische Partei sträflich vernachlässigt.

Der in Princeton lehrende Historiker und Politologe Michael Walzer macht auch noch auf ein inhaltliches Versagen des progressiven Amerika aufmerksam: Die linken Intellektuellen seien zu stark mit Sachfragen absorbiert und deshalb bei der entscheidenden Wertedebatte viel zu wenig präsent. Die Deutungshoheit werde den Konservativen überlassen.

Zum Beispiel: Die Finanz- und Bankenkrise wird in den USA mit der Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre verglichen. Die Tatsache, dass es «linke» Reformen (New Deal) waren, die in den USA diese Krise im Unterschied zu Deutschland und Italien auf demokratischem Wege überwinden halfen, spielt im politischen Diskurs von heute aber keine Rolle. Im Gegenteil: «Liberal», in den USA gleichbedeutend mit fortschrittlich-links, ist ein negativ besetztes Reizwort geworden. In der Optik der rechtsextremen «Tea-Party»-Bewegung wären heute pragmatische Republikaner wie Dwight Eisenhower oder Nelson A. Rockefeller schlimmste «Liberals».

Der politische Schwerpunkt hat sich nach rechts verschoben

Amerika bewegt sich, aber in zwei Richtungen. Michael Massing, politischer Redaktor der «Columbia Journalism Review» meint dazu: «Wenn es um Fragen wie Abtreibung oder Rechte für Homo-

sexuelle geht, scheint Amerika liberaler geworden zu sein. Doch wenn es um die Wirtschaft und die Rolle der Regierung geht, scheint das Land immer konservativer zu werden.» Obamas Sieg hat die Tatsache verschleiert, dass der politische Schwerpunkt in den USA weiter nach rechts gerückt ist. Die Abwehrhaltung gegenüber dem Staat (ein stehender Faktor in der amerikanischen Politik seit Ronald Reagan) ist so massiv wie eh und je.

Oft wird auch vergessen: Es waren die Demokraten (unter Bill Clinton) und nicht die Republikaner, welche Ende der neunziger Jahre die seit der Great Depression gültigen Regulierungen von Banken abschafften. In der Politik gegenüber Wall Street gibt es keine Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern (vgl. Finanzkrise entmachtete Demokratie, *Neue Wege*, 9/2012).

Obamas Wirtschaftsteam hätte ebenso von einem republikanischen Präsidenten berufen werden können, was viele «Liberals» schwer enttäuscht hat.

«Election» oder «Auction»?

Waren die Präsidentschaftswahlen 2012, die sechs Milliarden Dollar verschlangen, «An Election or an Auction?» fragt das Center for Public Integrity, eine private Organisation, die den Einfluss von Lobbys in der US-Politik untersucht. Dass Romney, auf den die Reichen und Reichsten gesetzt hatten, nicht gewählt wurde, zeigt: Die Wahlen waren nicht einfach eine «Auktion». Dennoch hatte der Einsatz von Wahlspenden, die nach einem US-Gerichtsentcheid Privatpersonen und Unternehmen faktisch in unbegrenzter Höhe möglich machten, eine Verrohung der politischen Kultur und Entpolitisierung in der Bevölkerung zur Folge. Wer über mehr Mittel verfügte, konnte am lautesten schreien.

Entscheidend wurden nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen. Diese verhängnisvolle Entwicklung auf den Punkt gebracht hat der Ökonom Paul Krugman: «Wenn die Demokraten

sagen, die Erde ist eine Kugel, und die Republikaner, sie ist eine Scheibe, dann titelt die «New York Times»: «Gestalt der Erde umstritten». Auch absurdeste Behauptungen und Lügen können so verbreitet werden. Seriöse Medien wie die «New York Times» oder die «Washington Post» halten sich weiterhin an die Fairness-Regel, die Medien verpflichtete, bei kontroversen Themen immer auch die Argumente der Gegenseite zu erwähnen. Die Fairness-Regel wurde unter Ronald Reagan abgeschafft.

Wahlabstinenz der Ausgeschlossenen

Gemessen am Aufwand, der Beachtung in den Medien und dem riesigen Einsatz von Geldmitteln ist es doch erstaunlich, dass rund 40 Prozent der AmerikanerInnen bei den Präsidentschaftswahlen nicht wählen gehen. Weil die genaue Wahlbeteiligung (bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt) erst mehrere Wochen nach den Wahlen bekannt gegeben wird, geht die wichtige Frage unter, warum so viele AmerikanerInnen nicht wählen.

Für viele Nicht-WählerInnen gibt es offensichtlich keine Wahl, sie fühlen sich ausgeschlossen. Diese These steht im Widerspruch zur Auffassung, die USA seien ein pragmatisches Land, in dem ein Pluralismus an Meinungen herrsche und es übrigens niemanden interessiere, was der Mitbürger denkt. Das mag für Metropolen wie New York oder Los Angeles stimmen, aber nicht für «Mainstreet-America». Der bekannte amerikanische Politologe Samuel Huntington sprach von einem «American Creed» (Amerikanisches Credo), einer verpflichtenden politischen Weltanschauung, die den Zusammenhalt im Gesellschaftsaufbau dieser grossen und fragmentierten Nation überhaupt möglich mache. Das amerikanische Zweiparteiensystem lässt Wahlmöglichkeiten in Wirklichkeit nur innerhalb der Grenzen des «Amerikanischen Credos» zu. Die vielen Wahlbe-

rechtigten mit abweichenden oder gar entgegengesetzten Vorstellungen reagieren mit Stimmenthaltung und werden aus der demokratischen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. So sind die USA die einzige moderne Industriegesellschaft, in der die organisierte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen nach wie vor nur als «special interest group» bezeichnet wird. Eine selbständige Arbeitnehmerpartei gibt es nicht.

Warum keine amerikanische Linke?

Bekannte US-PolitologInnen haben immer wieder festgestellt: In der beträchtlichen Wahlabstinenz befindet sich das Potenzial, aus dem heraus sich eine amerikanische Linke hätte entwickeln müssen, die sich aber unter dem Druck des «Amerikanischen Credos» und im Korsett des Zweiparteiensystems nicht entwickeln konnte.

Als 2006 in einem berühmt gewordenen Buch der deutsche Soziologe Werner Sombart fragte: «Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?», hiess seine Antwort «Roast Beef und Apple Pie». Sombart behauptete, dass es den amerikanischen Arbeitern, diesen «working gentlemen», materiell zu gut ging, als dass sie den Versuchungen sozialistischer Propaganda erliegen könnten.

Wie geht es der amerikanischen «working class» heute? Zweifellos hat der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit Obamas Wiederwahl unterstützt. Langfristig entscheidend aber ist die Frage, welche Art von neuen Jobs entstehen? Mehr Jobs gibt es am oberen Ende, bei den besser Bezahlten und am unteren Ende, bei den schlecht Bezahlten, den sogenannten «Mc-Donald-Jobs». In den USA spricht man von «Job-Polarisierung». Stark zurückgegangen sind Jobs der US-Mittelklasse, zu der auch die «working gentlemen» gehörten. Sie wurden in den Büros durch die moderne Informationstechnologie und in der Industrie durch Roboter ersetzt.

Roman Berger war 1976–1982 USA-Korrespondent des «Tages Anzeigers» (roman-berger@bluewin.ch).

Zukunft des Kapitalismus

Die Job-Polarisierung wird sich weiter verschärfen. Amerikas Grundwerte, die Chancengleichheit und Social-Mobility, sind für die Mittelklasse nicht mehr garantiert. Für sie funktioniert der «demokratische Kapitalismus» nicht mehr. Thomas B. Edsall (Columbia University) formuliert die grosse Herausforderung für Obama und die Demokraten: «Hat die erweiterte demokratische Koalition die Fähigkeit, den Kapitalismus so neu aufzubauen, dass er nachhaltiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit möglich macht?»

Auch Joseph Stiglitz zielt in die gleiche Richtung. Er macht in seinem neuen Buch «Der Preis der Ungleichheit» die rasch wachsende Kluft der Einkommen für die blockierte US-Gesellschaft verantwortlich: «Wir nähern uns einem Grad der Ungleichheit, der dysfunktionale Gesellschaften kennzeichnet.»

Für den Wirtschafts-Nobelpreisträger geht es um die Frage, ob in den USA

die Entwicklung zur Plutokratie gestoppt werden kann, oder ob die Ungleichheit so gross wird, dass sie nicht mehr demokratiefähig ist. Es ist keineswegs sicher, ob in diesem Konflikt das fortschrittliche Amerika als Sieger hervorgehen wird.

Warum hatte es Obama verpasst, nach seiner Wahl 2008 mit einem damals noch von den Demokraten kontrollierten Kongress sein «Yes we can» in die Tat umzusetzen? Die Ökonomen Paul Krugman und Robin Wels sehen die Ursachen nicht einfach bei Obama, seinen Beratern oder seiner Regierung, sondern bei der Nation als Ganzem: «Etwas ist mit Amerika grundfalsch gelaufen, nicht einfach mit seiner Wirtschaft, sondern mit seiner Fähigkeit, als demokratisches Land zu funktionieren. Und es ist schwierig zu sehen, wann und wie wir aus dieser Sackgasse herauskommen werden.»

Diese Aussagen gelten nicht nur für die USA. ●

Grippe

Sie kommt unverhofft. Man hat doch ordentlich gesund gelebt, war da oder dort sogar vorsichtig, hat vorgebeugt, sich für spezielle Gefährdungen gar impfen lassen, und doch schlägt sie zu. Die Glieder sind schwer, jedes Wort schmerzt im Hals, jeder Ton grellt im Ohr, man möchte sich nur noch verkriechen, nie mehr etwas tun müssen.

Ich meine nicht die Grippe, die saisonal auftaucht und medienwirksam vermarktet wird. Ich meine jene, die immer mal wieder Gremien heimsucht, Arbeitsteams, Vereine, manchmal auch Familien, manchmal gar Parteien. Ein verletzendes Wort, Auseinandersetzungen um Geld, um Anerkennung, um die «Früchte der Arbeit», hier ein Gerücht, dort ein Papier an den falschen Adressaten – und schon ist alles anders: Die Mit-Glieder

tun sich schwer, es herrscht dicke Luft, die Worte tönen nicht mehr wie sonst, das eine oder andere bleibt im Hals stecken, die eine oder der andere verkriecht sich, verstummt, ist plötzlich weg.

Was bei Grippe hilft, ist umstritten. Die einen setzen auf Chemie, die andern auf Homöopathie, die dritten kennen pflanzliche Produkte, die immer helfen; wieder andere tauchen ganz einfach ab, bis es vorüber ist. Das gilt für alle Formen der grippalen Infekte, sie werden unterschiedlich erlebt, erlitten, unterschiedlich geheilt, haben Kurz- oder Langzeitnachwirkungen. Was aber immer zu helfen scheint: Zuwendung, Wärme, eine Tasse Tee – es kann auch ein Glas Glühwein sein – gereicht über Gräben.

Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit – in jeder Beziehung, in allen Beziehungen.
Monika Stocker